

ISRAEL

13.05.2008

Existenzangst im Gelobten Land

Israel ist 60: Glückwunsch und Mazal Tov. Doch in die bunte Abfolge von Feuerwerk, Musik, Tanz, Konferenzen und Staatsbesuchen sei der Zwischenruf gestattet: Wird Israel das Jahr 2048 erleben? Mehr denn je ist der jüdische Staat auf die Koexistenz mit den Palästinensern angewiesen, denn das Fundament Israels ist schwächer, als es scheint.

von Pierre Heumann



Israel feiert den 60. Jahrestag der Staatsgründung. Doch in die Feierlichkeiten mischen sich die vielfältigsten Formen der Existenzangst. Foto: ap

HB. Mit dieser Frage habe ich in den vergangenen Wochen mehrere israelische Kollegen und Freunde konfrontiert. Zu meiner Überraschung antwortete keiner mit einem klaren, spontanen Ja. Selbst Freunde, die ich als patriotisch bezeichnen würde und die stolz darauf sind, dass ihre Söhne in einer Eliteeinheit der Armee dienen, haben Zweifel am mittelfristigen Bestand ihrer Heimat.

Die Frage, ob „der Staat Israel vielleicht nur eine Episode in der jüdischen Geschichte“ sei, reflektiert zum Beispiel der Schriftsteller A. B. Jehoshua. Die Zukunftsangst, die darin zum Ausdruck kommt, scheint auf den ersten Blick absurd. Die Wirtschaft floriert, sie belegt mit Branchen wie Diamanten, High Tech, Generika und Rüstungsgütern weltweit Spitzenpositionen. Militärisch ist das Land stark, es verfügt (vermutlich) über nukleare Waffen und damit über ein ultimatives Abschreckungspotenzial mit Zweitschlagskapazität.

Und doch: Das Fundament Israels ist schwächer, als es scheint. Nichts reflektiert das besser als das wohlgemeinte Wort von Bundeskanzlerin Angela Merkel vor der Knesset im März: „Die Sicherheit (Israels) ist für mich niemals verhandelbar.“ Womit sie indirekt zu verstehen gab, dass seine Sicherheit keineswegs gewährleistet ist. Der Terror, dem Israel immer wieder ausgesetzt ist, das Säbelrasseln aus Teheran, Beirut, Gaza und Damaskus vermitteln der Bevölkerung das dumpfe Gefühl, am Abgrund zu leben.

Nach außen lassen sich Israelis zwar nichts von ihrer Nervosität anmerken. Doch die Angst vor dem gewaltsamen Tod ist stets präsent. Bei der Geburt eines Jungen, erzählte mir vor einigen Jahren der Schriftsteller David Grossman, hoffe man seit Generationen, dass der Nahostkonflikt spätestens 18 Jahre später gelöst sein werde, damit der Junge nicht in den Krieg ziehen müsse. An diese Worte musste ich mich vor zwei Jahren plötzlich unter tragischen Umständen erinnern. Grossman verlor im zweiten Libanonkrieg seinen Sohn Uri, drei Tage nachdem er mit zwei Schriftstellerkollegen öffentlich vor den Gefahren und dem Unsinn des Krieges gewarnt hatte.

In diesen Tagen präsentiert Grossman seinen neuen Roman, der in einem Jahr auch auf Deutsch erscheinen wird. Er handelt von Ora, der besorgten Mutter eines Soldaten, die ahnt, dass ihr Sohn in der Schlacht ums Leben kommen wird. Als ob sie ihn damit retten könnte, verlässt sie das Haus und begibt sich auf eine Wanderschaft quer durch Israel: Sie will verhindern, dass ihr zu Hause die Todesnachricht überbracht werden kann.

Lesen Sie weiter auf Seite 2: Die Versicherungspolice für Israelis.

Eskapismus charakterisiert weite Teile des Lebens in Israel. Die Bürger sind zwar patriotisch und bereit, für ihr Land zu kämpfen. Aber fast die Hälfte signalisiert in Umfragen die Bereitschaft, Israel zu verlassen, zum Beispiel, um anderswo einen höheren Lebensstandard zu realisieren. Tausende von Bürgern, die deutsche, polnische oder tschechische Vorfahren haben, besorgen sich einen europäischen Pass, auf den seit der EU-Erweiterung rund 20 Prozent Anrecht haben. „Die meisten betrachten das Dokument als eine Art Versicherungspolice für ihre Kinder, sollte der Nahostkonflikt eskalieren,“ sagt der Tel Aviver Rechtsanwalt Dan Assan, der auf eine lukrative, wachsende Nische spezialisiert ist: Er verhilft seinen Landsleuten zur deutschen Staatsbürgerschaft – für den Fall der Fälle.

Selbst Regierungschef Ehud Olmert gibt mitunter Apokalyptisches zu Protokoll. Vor einem halben Jahr mahnte er vor den Folgen, sollten die Friedensverhandlungen mit den Palästinensern scheitern. Dann würde es zu einem Kampf um gleiche Rechte kommen, sagte Olmert in einem Zeitungsinterview, in dem er auf das zahlenmäßige Verhältnis von Juden und Arabern anspielte: „Sobald das geschieht, ist der Staat Israel am Ende.“

Olmerts düstere Prophezeiung stützt sich auf Prognosen von Demografen. Die jüdische Mehrheit zwischen dem Mittelmeer und dem Jordanfluss werde bis ins Jahr 2040 dahinschmelzen, sagen sie voraus. Acht Jahre vor dem hundertsten Geburtstag des Staates werden die Araber in der Mehrheit sein, das ergeben Modellrechnungen des führenden Demografen Israels, Sergio Della Pergola. Die radikal-islamische Hamas reduziert die nüchterne Statistik auf die griffige Kurzformel: „Die palästinensische Gebärmaschine arbeitet ununterbrochen“ – und sie weiß, dass dies ihre wirksamste Waffe gegen Israel ist.

Die Angst vor der arabischen Mehrheit im Gelobten Land war eines der wesentlichen Motive für den ehemaligen Premier Ariel Scharon, sich aus dem Gazastreifen zurückzuziehen. Hätte nämlich Israel vor drei Jahren den Gazastreifen mit seinen 1,4 Millionen Palästinensern nicht verlassen, wären die Juden zwischen Mittelmeerküste und Jordan bereits im nächsten Jahrzehnt in die Minderheit geraten. Mit dem Rückzug aus dem Gazastreifen wurde die Erosion der jüdischen Mehrheit um rund zwei Jahrzehnte hinausgeschoben. Aber in Israel und dem besetzten Westjordanland setzt sich die demografische Verschiebung fort, die politische Konsequenzen hat: Wie lange noch kann Israel die Besatzung der Westbank fortführen und Palästinensern, die bald die Mehrheit stellen, demokratische Rechte vorenthalten?

Eigentlich gibt es nur zwei Auswege aus der Demografie-Falle: Die Palästinenser in der Westbank, die heute unter israelischer Kontrolle leben, erhalten demokratische Rechte. Damit würde Israel als jüdischer Staat aber verschwinden und einem binationalen Staat Platz machen. Das wäre nicht nur das Ende des zionistischen Traums von einem Nationalstaat für Juden. Es ist auch keineswegs sicher, dass das Experiment, Juden und Araber mit gleichen Rechten in einem einzigen Staat zu vereinen, gelänge. Um auch in 40 Jahren als jüdischer, demokratischer Staat zu existieren, müsste sich Israel von den besetzten Gebieten und den Palästinensern trennen und gleichzeitig Palästina als Partner akzeptieren. Dafür stehen die Chancen aber schlecht. Statt seinen Zugriff auf die Westbank zu lockern, zementiert ihn Israel nämlich durch den Ausbau von Siedlungen und neuen Straßen, welche die besetzten Gebiete mit dem Kernland verbinden.

Lesen Sie weiter auf Seite 3: Der ferne Weg zum Frieden.

Zudem gibt es derzeit keinen Politiker in Jerusalem, der charismatisch genug wäre, um den Bürgern einen Weg zum Frieden aufzuzeigen. Statt sich Zukunftsfragen zu widmen, ist Premier Olmert, der seit Monaten von Korruptionsskandal zu Korruptionsskandal stolpert, vor allem damit beschäftigt, seine heterogene Koalition zusammenzuhalten. Seinen rechten Regierungspartnern macht er gefährliche Konzessionen. So hält er die rechtsreligiöse Shas-Partei bei guter Laune, indem er Baubewilligungen für Siedlungen erteilt, in denen Shas-Wähler wohnen.

Israels Zersplitterung der innenpolitischen Kräfte ist ein Dauerhindernis beim Versuch, den Nahostkonflikt zu

lösen. Das Land ist so instabil, dass in den vergangenen 60 Jahren die durchschnittliche Amtsdauer einer Regierung weniger als zwei Jahre betrug. An der Kurzlebigkeit der Kabinette scheitert jeder Versuch, den komplexen Nahostkonflikt zu lösen.

Doch selbst wenn eine starke Regierung Israel von der Last der Westbank befreien sollte: Der Frieden würde danach nicht ausbrechen. Radikalen palästinensischen Splittergruppen wäre das nämlich zu wenig. So erhielt Israel für die Trennung von Gaza postwendend eine blutige Quittung. Statt die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen und die Bevölkerung wenigstens mit dem Notwendigsten zu versorgen, schmuggelten die neuen Herren von Gaza Waffen in den Küstenstreifen. Seither wird der Süden Israels regelmäßig mit Kassamraketen und Mörsergranaten beschossen.

Der Konflikt dreht sich nämlich längst nicht mehr nur um die Frage, wem das Land gehört. Jüdische Souveränität im Orient sei für religiöse Moslems nicht akzeptierbar, weil Palästina laut Islam heilige muslimische Erde ist, erklärte mir kürzlich ein Hamas-naher Journalist aus Hebron und zitierte dabei aus dem Koran. Im islamischen Weltbild habe Israel keinen Platz und werde als Gotteslästerung aufgefasst.

Dabei gibt es nicht viele Republiken, die ihre Existenzgründung auf einem so breiten internationalen Konsens abstützen konnten wie Israel. Im November 1947 stimmte die Vollversammlung der Vereinten Nationen für die Errichtung von zwei Staaten auf dem Gebiet des damaligen britischen Mandatsgebietes. Es sollte ein jüdischer und ein arabischer Staat entstehen. Die Juden nahmen den Vorschlag an, die Araber lehnten ihn ab.

Lesen Sie weiter auf Seite 4: Die mörderische Nachbarschaft

Seither lebt Israel in einer mörderischen Nachbarschaft. Die radikal-islamische Hamas, die in Gaza regiert, spricht in ihrer Charta offen vom Dschihad als „einer bindenden Pflicht für alle Muslime“, um islamische Länder von den Feinden zu befreien. Die Führung des Irans nennt Israel einen Schandfleck, der aus der islamischen Welt getilgt werden müsse.

Zwei Nachbarn haben Israel als Tatsache akzeptiert und einen Friedensvertrag unterschrieben: Ägypten und Jordanien. Doch der hat nur Bestand, solange die beiden Länder keine Demokratien sind. Bei freien Wahlen würden mit großer Wahrscheinlichkeit Islamisten an die Macht kommen, für die der Widerstand gegen Israel die Dimension eines Heiligen Krieges hat.

Israel ist freilich nicht nur ein politischer und religiöser Fremdkörper im Nahen Osten, sondern auch eine kulturelle Herausforderung für Araber. Wie tief verwurzelt die Abneigung gegenüber Israel sein kann, zeigte mir ein Gespräch mit dem Chefredakteur des arabischen Nachrichtensenders Al Dschasira, Ahmed Sheikh. Im Grund genommen hätten die Araber einen Minderwertigkeitskomplex, sagte er mir recht offenherzig. Es gehe darum, dass „wir stets gegen Israel verlieren. Die Leute im Nahen Osten wurmt es, dass ein so kleines Land wie Israel mit rund sieben Millionen Einwohnern die arabische Nation mit 350 Millionen Bürgern besiegen kann. Das schadet unserem kollektiven Ego.“ Und dann sagte er: „Der Tag, an dem Israel gegründet wurde, legte das Fundament für unsere Probleme.“ Es geht also nicht allein um die Rückgabe der besetzten Gebiete, auch die würde keinen Frieden bringen. Er fügte hinzu: „Und das Problem des Westens ist es, dass er dies nicht versteht.“

1948, im Gründungsjahr Israels, wurden die Araber im Lande als existenzielle Bedrohung für den jungen Staat aufgefasst. Ohne Flucht oder Vertreibung von 700 000 bis 800 000 Palästinensern wäre der Staat Israel nicht zustande gekommen, sagt der Historiker Benny Morris von der Ben-Gurion-Universität, der als Erster die palästinensische Flüchtlingsproblematik wissenschaftlich untersucht hat. Heute wird die Zahl der palästinensischen Flüchtlinge und ihrer Nachkommen auf rund 5,5 Millionen geschätzt.

Palästinensische Politiker fordern das Unmögliche: die Rückkehr der Flüchtlinge und ihrer Nachkommen ins heutige Israel. Auch wenn sich nur ein Teil für diese Option entscheiden würde – Israel und seine sieben

Millionen Einwohner könnten die Zuwanderung weder demografisch noch wirtschaftlich verkraften. Dass sich in den vergangenen 60 Jahren das Land, in dem sie einst lebten, völlig verändert hat, wollen sie nicht wahrhaben.

Wird Israel also nur eine Episode in der jüdischen Geschichte sein? Die nukleare Aufrüstung der Ajschachas hat zwar die Qualität einer existenziellen Bedrohung, aber Israels Armee bereitet Gegenmaßnahmen vor. Der Schlag gegen den syrischen Atomreaktor war eine Kostprobe für die Entschlossenheit der Staatsführung. Schwieriger zu bewältigen ist die demografische Herausforderung. Wenn die Zwei-Staaten-Lösung scheitert, wird den Arabern bis ins Jahr 2048 mit Hilfe der „demografischen Bombe“ gelungen sein, was sie in einem halben Dutzend Kriegen nicht geschafft haben: die Auflösung Israels als jüdischer Staat.

© 2009 ECONOMY.ONE GmbH - ein Unternehmen der **Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH**

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).